

Bekanntmachung

Die 09. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben findet am Donnerstag, den 05.07.2018 statt.

Beginn: **18:00 Uhr**

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 31.05.2018 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 14.06.2018
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1 Informationen zum Seehafen Stralsund
 - 4.2 Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0018/2018
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen-keine-
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Maximilian Schwarz
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Niederschrift

der 08. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 14.06.2018
Beginn: 17:07 Uhr
Ende: 18:00 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Herr Harald Ihlo

Mitglieder

Herr Michael Adomeit
Herr Manfred Butter
Frau Susanne Lewing
Herr Rocco Pantermöller
Herr Heiko Werner

Vertreter

Herr Rüdiger Kuhn
Herr Thomas Schulz

Vertretung für Herrn Prof. Dr. Werner Gronau
Vertretung für Frau Sabine Ehlert

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Frau Ulrike Danzmann
Herr Peter Fürst
Frau Andrea Herrmann
Frau Jeannine Wolle

Gäste

Herr Jörg Mattern
Frau Iris Stottmeister

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Die Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 31.05.2018 erfolgt am 05.07.2018
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Auswertung Stralsunder Hafentage
- 4.2** Sachstand über die Vermarktung/Vermietung von Gewerbeflächen der Hansestadt Stralsund
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den 2. Stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, Herrn Ihlo geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Die Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 31.05.2018 erfolgt am 05.07.2018

Die Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 31.05.2018 erfolgt am 05.07.2018.

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Auswertung Stralsunder Hafentage

Die Mitglieder verständigen sich zu Beginn darauf, Frau Iris Stottmeister von der Firma basic EVENTS GmbH Rederecht zu erteilen.

Frau Wolle berichtet, dass die Verwaltung die Planung drei Monate vor Beginn der Veranstaltung übernommen hat. Mit Unterstützung zweier Partner, der basic EVENTS GmbH und der SUND EVENT UG, wurde das mehrtägige Event organisiert.

Ziel war es, ein Fest von Stralsundern für Stralsunder auf die Beine zu stellen und den maritimen Charakter deutlicher als früher hervorzuheben.

Dazu wurden Gespräche mit Gastonomen und Vereinen geführt, Es wurden Vereinbarungen mit Gastronomen getroffen und viele Vereine haben sich präsentiert oder sich an Programmpunkten beteiligt.

Frau Herrmann nennt zum Beispiel, die DLRG, die Wassersportvereine, den Tauchclub, die MTS u. v. m.

Es wurden Drachenbootrennen, ein Wassersportcamp und Seenotrettungsübungen durchgeführt.

Frau Stottmeister ergänzt, dass erstmalig Segelturns angeboten worden sind. Diese wurden gut angenommen und könnten im nächsten Jahr ausgebaut werden. Außerdem fand „open Shop“ nicht wie üblich an einem, sondern an mehreren Tagen statt.

Herr R. Kuhn kritisiert die Händlerstrecke, die aus seiner Sicht unpassend war. Frau Wolle entgegnet, dass sich eine solche Veranstaltung nur durch Händler und Schausteller refinanzieren lässt. Für nächstes Jahr soll versucht werden, die Qualität der angebotenen Ware zu verbessern. Als zweiten Kritikpunkt nennt Herr R. Kuhn, dass es keinen freien Blick zur Wasserseite gab.

In Anbetracht der kurzen Vorbereitungszeit hält er die Veranstaltung dennoch für gelungen.

Herr Adomeit fragt, ob es möglich ist, für die Drachenbootrennen die Leinwand des Ozeaneums zu nutzen. Außerdem spricht er den fehlenden Fischmarkt an und fragt, ob im nächsten Jahr ein Fischmarkt geplant ist.

Frau Wolle erklärt, dass es einen Interessenten zur Durchführung eines Fischmarktes gab, für diesen hat die vorhandene Fläche allerdings nicht ausgereicht.

Auf weitere Anfragen von Seiten der Stadt an verschiedene Fischer bzw. Fischereibetriebe gab es entweder keine Rückmeldung oder das Interesse war nicht vorhanden.

Herr Adomeit schlägt vor, die Fischer langfristig anzuschreiben und sie so für die Veranstaltung im nächsten Jahr zu gewinnen.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen und Herr Ihlo schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Sachstand über die Vermarktung/Vermietung von Gewerbeflächen der Hansestadt Stralsund

Herr Fürst geht auf die einzelnen Gewerbegebiete in Stralsund ein. Zur besseren Erläuterung verwendet er Bilder, die dem Protokoll als Anlage beigelegt werden.

Als erstes nennt er das Gewerbegebiet „Stadtkoppel“, das zu 100% belegt ist. Einzelne Flächen, die nicht bebaut sind, wurden auf Vorrat gekauft oder werden zu einem späteren Zeitpunkt bebaut.

Als zweites nennt Herr Fürst das Gewerbegebiet „Grünhufe“ an der B 105.

In der Regel werden nachgefragte Flächen für ein halbes Jahr für den Interessenten reserviert, dieser kann dann sein Konzept erstellen und es einreichen.

Das Gewerbegebiet hat eine vermarktungsfähige Fläche von insgesamt 173.000m².

Davon sind 90.000m² verkauft und 11.000m² reserviert. Zur Verfügung stehen somit noch 72.000m².

Herr Fürst weist in diesem Zusammenhang auf das Landeswaldgesetz Mecklenburg-Vorpommern (LWaldG M-V) hin. Einige der im Gewerbegebiet befindlichen Flächen sind so zugewachsen, dass sie zu Wald erklärt wurden. Von den noch zur Verfügung stehenden 72.000m² gelten 34.000m² als Waldfläche.

Hier wird versucht, eine andere gesetzliche Lösung mit dem Land zu finden, um die Flächen wieder nutzbar zu machen.

Das dritte Gebiet ist der „Maritime Industrie- und Gewerbepark Franzeshöhe“.

Die Gesamtgröße der Fläche beläuft sich auf 140.000m², 40.000m² davon sind verkauft,

65.000m² sind reserviert, frei sind noch 36.000m². Auf dem Gelände will sich die Firma Nordmann vergrößern und außerdem laufen Verhandlungen mit einem Schiffbaubetrieb, der überlegt, eine entsprechende Fläche zu kaufen.

Herr Adomeit fragt, ob auf den Gewerbegebieten eine Fördermittelbindung liegt. Konkret fragt er, ob für die nicht vergebenen Grundstücke Fördermittel zurückgezahlt werden müssen. Herr Fürst verneint dies, betont aber, dass es eine Zweckbindung über 25 Jahre für die erschlossenen Grundstücke gibt.

Auf eine weitere Frage von Herrn Adomeit antwortet Herr Fürst, dass Herr Schaich auf Grundstücksangebote von Seiten der Stadt nicht reagiert hat. Herr Fürst gibt auf Nachfrage Informationen zu dem auf dem Gelände gelegenen Wassersportverein.

Herr Butter fragt, warum es zu den Gewerbegebieten B 3.1 und B 3.2 keine Zufahrt/Abfahrt zu der Umgehungsstraße gibt. Dazu erklärt Herr Fürst, dass es vom Straßenbauamt die Aussage gibt, dort eine Lösung zu finden, sodass sich ein Verkehr produzierender Betrieb ansiedelt.

Zu den Gewerbegebieten B 3.1 und B 3.2 erklärt Herr Fürst, dass insgesamt 383.000m² verkauft werden können. Es sind bereits 276.000m² verkauft, reserviert sind 3.600m². Von den 95.000m² die noch zur Verfügung stehen, sind bereits 40.000m² zu Wald geworden.

Frau Danzmann erklärt, dass der Begriff Wald im § 2 des LWaldG M-V definiert ist, danach gehören nicht nur Bäume, sondern auch Brombeerhecken mit einer Höhe von 1,80m zur Definition „Wald“.

Auf Nachfrage von Herrn Werner erklärt Herr Fürst, dass die vorhandenen Betriebe keinen Verkehr produzieren, die den Bau einer Zu-/Abfahrt rechtfertigen. Anders wäre das bei Sondertransporten, die über normale Auf-/Abfahrten nicht abgewickelt werden können.

Aus Sicht von Herrn Adomeit wäre eine gute Anbindung ein zusätzlicher Argumentationspunkt für Unternehmen, sich anzusiedeln.

Herr Fürst verdeutlicht, dass die notwendigen Zahlen, welche für ein solches Vorhaben dem Straßenbauamt als Grundlage dienen, nicht erfüllt werden.

Die Ölspaltanlage ist keine Fläche der Hansestadt Stralsund und ist deshalb nicht mit aufgeführt.

Abschließend nennt Herr Fürst die Vermietungszahlen für das Innovations- und Gründerzentrum. Die derzeitige Vermietungsquote liegt bei 93%. Die vermietbare Fläche liegt bei insgesamt 1.850m², davon sind 1.712m² vermietet. Es befinden sich 24 Firmen im dem Komplex, davon 10 – 14 Gründer- bzw. innovative Firmen.

Herr Adomeit fragt nach dem Sachstand zum IT-Zentrum, welches in der Nähe der Rentenversicherung entstehen soll.

Herr Fürst berichtet, dass es dazu ein Treffen in Schwerin mit den entsprechenden Ministerien gegeben hat. Es soll ein Wirtschafts- und Wissenschaftscampus entwickelt werden, der auch ein IT-Center beinhaltet.

Die entsprechende Fläche muss als Gewerbegebiet ausgewiesen werden. In Schwerin wurde deutlich, dass erkennbar werden muss, dass die Bedarfe und das Interesse für ein solches Projekt vorhanden sind.

Es soll eine Art Übergangslösung geschaffen werden, eventuell kommen dafür auch Flächen und Gebäude in der Innenstadt in Frage, bis die Bauarbeiten auf der genannten Fläche beginnen können. Herr Fürst schätzt, dass die Vorbereitungen ca. 3 Jahre dauern werden.

Herr R. Kuhn befürwortet die Pläne und fragt, wann eine mögliche Übergangslösung genutzt werden kann. Herr Fürst kann dazu noch keine genauen Angaben machen, in der nächsten Woche gibt es hierzu weitere Termine.

Herr Ihlo schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Herr Ihlo weist auf die Besichtigung des Seehafens am 05.07.2018 hin und bittet alle Ausschussmitglieder, die notwendigen Daten dem Gremiendienst mitzuteilen.

Es gibt keinen Redebedarf im nicht öffentlichen Teil der Sitzung, damit entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte und Herr Ihlo schließt die Sitzung.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Herr Schwarz stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung.

gez. Harald Ihlo
stellvertretender
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Niederschrift

der 07. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 31.05.2018
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:30 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Maximilian Schwarz

stellv. Vorsitzende/r

Herr Harald Ihlo

Mitglieder

Herr Michael Adomeit
Herr Manfred Butter
Frau Susanne Lewing
Herr Rocco Pantermöller
Herr Heiko Werner

Vertreter

Herr Rüdiger Kuhn
Herr Thomas Schulz

Vertretung für Herrn Prof. Dr. Werner Gronau
Vertretung für Frau Sabine Ehlert

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Frau Marion Harder

Gäste

Herr Peter Sobottka
Herr Dr. Jürgen Radloff
Herr Dirk Löschner

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung

- 2** Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 03.05.2018 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 09.05.2018

- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen

- 4** Beratung zu aktuellen Themen

- 4.1** Informationen der Agentur für Arbeit Stralsund zur aktuellen Arbeitsmarktsituation

- 5** Verschiedenes

- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 03.05.2018 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 09.05.2018

Die Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 03.05.2018 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

Die Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 09.05.2018 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Informationen der Agentur für Arbeit Stralsund zur aktuellen Arbeitssituation

Zu Beginn erteilen die Ausschussmitglieder Herrn Dr. Jürgen Radloff, Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Stralsund, Rederecht.

Mit Hilfe eines Handouts erläutert Herr Dr. Radloff die aktuellen Zahlen und geht auf die zuvor eingereichten Fragen der Ausschussmitglieder ein.

Das Handout wird Anlage zum Protokoll.

Herr Dr. Radloff führt aus, dass es in punkto Arbeitslosenzahlen ein deutliches Ost-West-Gefälle in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Der Arbeitsagenturbereich Stralsund ist sehr stark saisonal geprägt. Der Arbeitsmarkt insgesamt hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Für die Hansestadt lag die Arbeitslosenquote Ende Mai bei 12,4% Punkten. Die Arbeitslosenquote für den Agenturbezirk liegt momentan bei 8,5% Punkten. Dies ist auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung, aber vor allem auf den demografischen Wandel zurück-

zuführen. Die Region um Stralsund ist hinsichtlich der Bevölkerung eine der ältesten im Bundesgebiet. Um die regionalen Unterschiede deutlich zu machen, nennt Herr Dr. Radloff die Insel Rügen als Beispiel. Auf dieser schwankt die Arbeitslosenquote im Laufe eines Jahres um fast 10% Punkte.

Teilweise liegt der Agenturbezirk in den Sommermonaten unter der Arbeitslosenquote von Städten in Schleswig-Holstein oder dem Ruhegebiet.

Herr Dr. Radloff weist darauf hin, dass neben der Arbeitslosenquote vor allem die Größe der Unterbeschäftigung ausschlaggebend ist. Diese Quote liegt momentan bei 11,4% und ist damit sehr hoch.

Außerdem rät Herr Dr. Radloff davon ab, pauschal von einem Fachkräftemangel zu sprechen, da es in der Region viele Menschen gibt, die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anstreben. In einigen Berufszweigen gibt es Engpässe Fachpersonal betreffend, diese sind allerdings partiell und temporär.

Herr Sobottka erkundigt sich, ob die Werft in Stralsund auch über die Arbeitsagentur mit Fachkräften versorgt wird.

Dazu erklärt der Geschäftsführer der Arge, dass das Personalbüro der Genting Group in Wismar sitzt und dort auch die Arbeitskräfte akquiriert werden. In der Zwischenzeit wurde der 2000. Mitarbeiter eingestellt. Es liegen viele Bewerbungen vor und Genting dürfte keine Probleme haben, die offenen Stellen zu besetzen. Für Stralsund sind ca. 12 offene Stellen auf der Werft gemeldet.

Bewerbungen liegen aus ganz Deutschland vor. Es ist damit zu rechnen, dass ehemalige Werftarbeiter ihre jetzigen Stellen kündigen, um an die Werft zurückzukehren.

Grund dafür ist u. a. die gute Bezahlung. Die Entwicklung wird sich auf kleinere Betriebe auswirken.

Positiv hebt Herr Dr. Radloff die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit hervor.

Der demografische Wandel ist bereits zu spüren. Im Landkreis Vorpommern-Rügen sind mit Abstand die meisten Arbeitnehmer in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt, die 55 Jahre alt oder älter sind.

Herr Dr. Radloff weist auf eine weitere Personengruppe hin, die ebenfalls Bestandteil der Statistik ist. Einige Arbeitnehmer schließen mit ihrem Arbeitgeber einen Aufhebungsvertrag aus gesundheitlichen Gründen, melden sich dann arbeitssuchend und gehen am Ende aktuell mit 63 Jahren und 6 Monaten abschlagsfrei in Rente, da sie 540 Beitragsmonate nachweisen können.

Im Bezirk der Agentur sind derzeit 704 statistisch arbeitslos gemeldete Ausländer registriert. Darunter befinden sich 458 Ausländer mit dem Hintergrund Flucht/Asyl.

Anders verhält es sich mit arbeitssuchend gemeldeten Ausländern. Davon gibt es im Einzugsbereich 1097, 1038 davon mit dem Hintergrund Flucht/Asyl.

Herr Dr. Radloff erklärt weiter, dass im kommunalen Jobcenter all die Flüchtlinge betreut werden, die über einen anerkannten Status verfügen.

Herr Dr. Radloff schätzt, dass durch das Jobcenter ca. 2000 Personen mit dem Hintergrund Flucht und Asyl betreut werden.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung erklärt weiter, dass kein Betrieb verpflichtet ist, seine Ausbildungsstellen der Agentur für Arbeit zu melden und auch die Jugendlichen sind nicht verpflichtet, sich an die Institution zu wenden. Trotzdem ist deutlich erkennbar, dass es erheblich mehr Ausbildungsplätze als Bewerber gibt.

Unter der Voraussetzung, entsprechender schulischer Leistungen kann jeder Jugendliche hier in der Region seinen Wunsch-Ausbildungsplatz erhalten.

Ausbildungen in der Hotel- und Gastronomiebranche sind bei Jugendlichen aus verschiedenen Gründen weniger beliebt.

Herr Dr. Radloff geht auf einige Statistiken ein. Aus einer davon geht hervor, dass im Agenturbezirk Stralsund die meisten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Bereich Gesundheit und Soziales angestellt sind.

Eine starke Ausprägung gibt es auch im Dienstleistungssektor in Stralsund.

Herr Dr. Radloff erklärt weiter, dass es in Mecklenburg-Vorpommern die meisten Jugendlichen ohne Schulabschluss gibt.

Fast die Hälfte aller Beschäftigten im Landkreis zählt zu den Geringverdienern.

Herr Dr. Radloff erklärt außerdem dass sich die Einführung des Mindestlohns nicht negativ auf die Beschäftigung ausgewirkt hat.

Ein weiteres Themenfeld, welches durch Herrn Dr. Radloff angerissen wird, ist der Anteil der Ausländer an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Dieser beträgt 4,1% Punkte (3062). Ohne sich genau festzulegen geht er davon aus, dass mehr als 2500 davon EU-Bürger sind.

Der Begriff prekäre Beschäftigung kommt von den Gewerkschaften und ist schwer zu definieren:

- Arbeitsverhältnisse mit niedrigen Löhnen
- die häufig nicht auf Dauer und Kontinuität angelegt sind
- die nicht durch die Sozialversicherung abgedeckt sind
- nur geringe arbeitsrechtliche Schutzrechte aufweisen

Ein weiterer Problemschwerpunkt liegt in der Zahl der Langzeitarbeitslosen. Oft liegen Vermittlungshemmnisse wie gesundheitliche Einschränkungen oder eingeschränkte Vermittelbarkeit auf Grund der Tatsache vor, dass der zu Vermittelnde alleinerziehend ist.

Abschließend geht Herr Dr. Radloff auf den Fachkräftemangel im Bereich der Alten- und Krankenpflege ein. Im Agenturbezirk sind aktuell 181 Alten- und Krankenpfleger arbeitslos gemeldet.

Viele können den Beruf aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben. Deshalb besteht ein gewisser Fachkräftengpass. Auf Grund der hohen Belastung, der vergleichsweise schlechten Bezahlung und den Arbeitsbedingungen wird der Beruf nicht stark nachgefragt. Auch die unterschiedlichen Wege, um Alten und Gesundheitspfleger zu werden, sind problematisch. Ab 2020 soll es hier einheitliche Regelungen geben.

Auf Nachfrage von Herrn Adomeit geht Herr Dr. Radloff auf das Projekt Triple Win ein. Es handelt sich um eine Zusammenarbeit zwischen der zentralen Auslandsvermittlung der Bundesagentur für Arbeit, der deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit und Arbeitgebern. Ziel ist die Anwerbung von examinierten Pflegekräften aus dem nicht EU-Ausland. Für das Programm wird geworben, bisher wird es in der Region aber nicht in Anspruch genommen. Für den Arbeitgeber ist das Programm mit nicht unerheblichen Kosten verbunden.

Herr Sobottka fragt, ob die Agentur für Arbeit Umschulungsmaßnahmen für Pflegeberufe anbietet. Herr Dr. Radloff erklärt, dass es eine 18-monatige Ausbildung zum Pflegehelfer gibt, die auf Grund der Ausbildungsdauer allerdings nicht förderfähig ist. Für die 3-jährige Ausbildung zur Pflegefachkraft wurde eine Ausnahmeregelung getroffen, so dass das dritte Jahr finanziell gefördert werden kann. Diese Regelung läuft 2019 aus.

Auf die Frage von Herrn R. Kuhn antwortet Herr Dr. Radloff, dass das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung einen Bericht zum Thema Digitalisierung und den Auswirkungen herausgegeben hat. Es wurden alle Berufsbilder herangezogen und geschaut, zu wieviel Prozent Digitalisierung in diesen Berufen eine Rolle spielt. Danach wurde eingeschätzt, dass

Mecklenburg-Vorpommern von den Auswirkungen als letztes Bundesland betroffen sein wird. Dies liegt vor allem an der Dienstleistungsorientierung.

Herr Dr. Radloff geht davon aus, dass die Digitalisierung alle Berufsbilder erfassen wird und es dadurch einen Wandel in den Berufen geben wird.

Weiter erklärt der Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Stralsund, dass Qualifizierung und Weiterbildung zum Beruf dazu gehören. In der heutigen Zeit ist der Verbleib eines Arbeitnehmers in einem Unternehmen für die Dauer eines Berufslebens kaum noch vorstellbar.

Auf die Frage von Herrn Butter, welchen Status Flüchtlinge und Asylbewerber auf dem Arbeitsmarkt haben, erklärt Herr Dr. Radloff, dass es dazu ca. 90 verschiedene Regelungen gibt, er erläutert das Verfahren an zwei Beispielen.

Auf eine weitere Frage von Herrn Butter, wann die Vollbeschäftigung erreicht ist, erklärt Herr Dr. Radloff, dass man bei einer Arbeitslosenquote von unter 3% von Vollbeschäftigung spricht, diese soll bis 2025 erreicht werden.

Herr Schwarz bedankt sich bei Herr Dr. Radloff und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Herr Schwarz stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt das Beratungsergebnis zur Vorlage B 0018/2018 bekannt. Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.

gez. Maximilian Schwarz
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung

Titel: Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 23.02.2018
Einreicher: von Allwörden, Ann Christin	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die Weihnachtsbeleuchtung der Ossenreyerstraße auf die Seitenstraßen unserer Innenstadt ausgeweitet werden kann und welche Kosten durch Anschaffung, Installation und Wartung anfallen.

Über das Ergebnis der Prüfung sind die Ausschüsse der Bürgerschaft für Finanzen/Vergabe, Wirtschaft Tourismus und Gesellschafteraufgaben sowie der Ausschuss für Bau Umwelt und Stadtentwicklung zu informieren

Begründung:

In den Seitenstraßen befinden sich viele einheimische Gewerbetreibende, deren Inhaber sich eine Aufwertung durch eine erweiterte Weihnachtsbeleuchtung wünschen.

Ann Christin von Allwörden
CDU/FDP-Fraktion

TOP Ö 4.2

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.4

Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen

Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0018/2018

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die Weihnachtsbeleuchtung der Ossenreyerstraße auf die Seitenstraßen unserer Innenstadt ausgeweitet werden kann und welche Kosten durch Anschaffung, Installation und Wartung anfallen.

Über das Ergebnis der Prüfung sind die Ausschüsse der Bürgerschaft für Finanzen/Vergabe, Wirtschaft Tourismus und Gesellschafteraufgaben sowie der Ausschuss für Bau Umwelt und Stadtentwicklung zu informieren

Beschluss-Nr.: 2018-VI-03-0755

Datum: 08.03.2018

Im Auftrag

Kuhn

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung der Bürgerschaft am 08.03.2018

Zu TOP : 9.4

Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen

Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0018/2018

Frau von Allwörden begründet den Antrag ausführlich und verweist ausdrücklich auf die gelungene Weihnachtsbeleuchtung auf dem Alten Markt, der Ossenreyerstraße und im Rathausdurchgang. Allerdings sieht sie die Beleuchtung in den Nebenstraßen z.B. Heilgeiststraße und Badenstraße ausbaufähig und spricht das Verantwortungsbewusstsein gegenüber den dortigen Gewerbetreibenden an.

Herr Paul stellt den Antrag AN 0018/2018 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern die Weihnachtsbeleuchtung der Ossenreyerstraße auf die Seitenstraßen unserer Innenstadt ausgeweitet werden kann und welche Kosten durch Anschaffung, Installation und Wartung anfallen.

Über das Ergebnis der Prüfung sind die Ausschüsse der Bürgerschaft für Finanzen/Vergabe, Wirtschaft Tourismus und Gesellschafteraufgaben sowie der Ausschuss für Bau Umwelt und Stadtentwicklung zu informieren

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2018-VI-03-0755

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Hoffmann

Stralsund, 22.03.2018

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 19.06.2018

Zu TOP : 4.1

Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen

Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0018/2018

Herr Bogusch bezieht zu dem Auftrag der Bürgerschaft Stellung und führt aus, dass es in der Fußgängerzone eine abgespannte Beleuchtung zwischen den Häusern gibt, die als Weihnachtsbeleuchtung dient. In den übrigen Straßen in der Altstadt sind Wandleuchten angebracht, die in der Weihnachtszeit mit entsprechenden Aufsätzen versehen werden, wobei dieses Angebot in der Vergangenheit auf die Heilgeiststraße, Tribseer Straße, Badenstraße und Knieper Straße erweitert wurde. In Bezug auf den Prüfauftrag gibt Herr Bogusch zu bedenken, dass in den vorgeschlagenen Straßen bisher keine Wandhalterung für diese Art der Weihnachtsbeleuchtung vorhanden ist, was eine Einigung mit den Eigentümern voraussetzt, da ein rechtlicher Anspruch nicht besteht.

Des Weiteren weist der Abteilungsleiter auf die finanziellen Auswirkungen des Antrages hin, die sich bei etwa 19 zusätzlichen Standorten auf 25.000€ belaufen, wobei Fördermöglichkeiten noch nicht geprüft wurden.

Auf Nachfrage von Herrn Pieper, ob die stromseitige Versorgung in der Kostenschätzung miteinkalkuliert wurde, antwortet Herr Faasch, dass die vorhandenen Beleuchtungspunkte ohne explizite Erdarbeiten veranschlagt wurden.

Herr R. Kuhn erkundigt sich nach einer anderen Art der Gestaltung der Weihnachtsbeleuchtung, woraufhin Herr Bogusch entgegnet, dass eine einheitliche weihnachtliche Beleuchtung in der Altstadt angestrebt wird.

Herr Haack vermisst in der Aufzählung der Nebenstraßen die angrenzende Judenstraße. Herr Bogusch nimmt den Hinweis mit auf.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und schlägt vor, diese neuen Erkenntnisse zur weiteren Beratung in die Fraktionen zu tragen.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Hoffmann

Stralsund, 21.06.2018